



A4

Antrag

Initiator*innen: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: **Zukunft mit links – Schluss mit der schwarz-roten Nullrunde für Studis!**

Antragstext

1 Die neue schwarz-rote Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD steht für einen Kurs
2 der sozialen und politischen Rückschritte – und damit gegen die Interessen der
3 jungen Generation. Unter dem Deckmantel von „Verantwortung“ und Stabilität
4 bereitet dieses Bündnis einen sozialen Kahlschlag vor, der auch Studierende
5 trifft. Die anvisierten Vorhaben der Koalition um Merz gefährden akut
6 studentische Lebensrealitäten, Bildungsinvestitionen, soziale Infrastruktur und
7 konsequenten Klimaschutz.

8 Strukturelle Unterfinanzierung von Hochschulen

9 Hochschulen werden strukturell unterfinanziert, was sich in der Einstampfung von
10 Studiengängen, mangelhafter Ausstattung, prekären Arbeitsbedingungen
11 insbesondere auf Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeitenden und studentischen
12 Hilfskräften sowie vielem mehr niederschlägt. Diese Politik ignoriert die
13 Realität junger Menschen und verstärkt das Gefühl politischer Entfremdung.

14 Insbesondere die rechten Kürzungspläne in den Landeshaushalten – aktuell
15 besonders in Brandenburg und Sachsen – öffnen rechtsextremen Kräften Tür und
16 Tor, um gezielt Einfluss auf Wissenschaftsfreiheit und Bildungszugang zu nehmen
17 und die offene, freie Hochschullandschaft nachhaltig zu gefährden.

18 Campusgrün stellt sich dieser Politik entschlossen entgegen. **Eine Zukunft gibt**
19 **es nur mit uns**, mit Investitionen in Bildung, soziale Gerechtigkeit und
20 Klimaschutz – nicht mit dem Rotstift von Union und SPD. Statt Sparpolitik

21 braucht es eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung sowie faire
22 Arbeitsbedingungen an Hochschulen und einen entschlossenen Kampf gegen prekäre
23 Beschäftigung. Zudem müssen die Studierendenwerke auf Landesebene angemessen
24 ausfinanziert werden, um eine bedarfsgerechte Unterstützung für Studierende
25 gewährleisten zu können.

26 Wir plädieren für eine stabile demokratische Finanzierung der Hochschulen,
27 insbesondere durch Bundesmittel, um rechtsextreme Einflussnahme mittelbar durch
28 Landesparlamente an Hochschulen zu verhindern.

29 **Studieren am Limit - Zeit für echte Entlastung** 30 **statt leerer Versprechen**

31 Studierende befinden sich in einer prekären Lage. Wohnraum in
32 Universitätsstädten ist knapp und teuer, psychische Belastungen nehmen drastisch
33 zu und die soziale Ungleichheit im Studium verschärft sich. Doch statt
34 entschlossen entgegenzusteuern, verschärft **Schwarz-Rot den unsolidarischen**
35 **Status Quo nochmals und riskiert so das Wohlergehen einer ganzen Generation**
36 **Studierender**. Ein „Bau-Turbo“ für Wohnheime und Unigebäude ist jetzt durch das
37 Sondervermögen Infrastruktur möglich - es muss nur umgesetzt werden. Mit Blick
38 auf die Prioritäten der Koalition um Merz, die gerade nicht den sozialen
39 Wohnungsbau und den Bildungsinfrastruktur in den Vordergrund stellt, gehen wir
40 Studierende vermutlich wieder leer aus.

41 Die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen im Bereich der BAföG-Reform
42 sind zwar ein erster Schritt, greifen aber viel zu kurz und stehen unter
43 Finanzierungsvorbehalt – de facto ein wertloses Versprechen. Die Summe der zum
44 Wintersemester 2026/27 einmalig angekündigten Erhöhung der Wohnkostenpauschale
45 liegt weiter unter der durchschnittlichen Miete für ein WG-Zimmer in den
46 größeren Universitätsstädten – **ein Tröpfchen auf den heißen Stein!**
47 **Die Erhöhung ist zu niedrig, nicht angepasst an die tatsächlichen Wohnkosten und**
48 **kommt deutlich zu spät. Sie lässt eine ganze Generation an Studierenden im Regen**
49 **stehen und ist Ausdruck politischer Visionslosigkeit. Schwarz-Rot fordert "BAföG**
50 **statt Bürgergeld" und spielt so arm gegen ärmer aus – in der Realität**
51 **vernachlässigen sie beide Gruppen.**

52 Besonders alarmierend ist die Ignoranz gegenüber der **psychischen Gesundheit** von
53 Studierenden. Studien zeigen seit Jahren einen drastischen Anstieg psychischer
54 Belastungen: Etwa jede:r fünfte Studierende kämpft mit Depressionen,
55 Angststörungen oder psychischem Druck. Notwendige Mittel für psychologische
56 Beratungsstellen, Präventionsangebote oder schlicht eine spürbare Entlastung
57 durch bessere Studienbedingungen fehlen.

58 Campusgrün fordert daher die sofortige Aktivierung des Sondervermögens
59 „Infrastruktur“ für einen **echten „Bau-Turbo“**, der gezielt in dauerhaft
60 gemeinnützigen und bezahlbaren Wohnraum für alle investiert. Die Konkurrenz
61 zwischen Studierenden und armutsbetroffenen Arbeiter*innen ist menschengemacht –
62 sie durch eine staatliche Wohnungsbauoffensive zu überwinden, muss Aufgabe einer
63 lösungsorientierten und progressiven Politik sein.

64 Campusgrün drängt auf eine **grundlegende Bafög-Reform**, die das Bafög endlich
65 elternunabhängig, bedarfsgerecht und krisenfest macht. Die Wohnkostenpauschale
66 muss sich an ortsüblichen Vergleichsmieten orientieren. Beides muss jährlich
67 dynamisch angepasst werden – dauerhaft und nicht als Einzelmaßnahmen.
68 Derzeit haben Studierende keinen Anspruch auf das Existenzminimum. Das führt
69 dazu, dass Bafög-beziehende Arbeiter*innenkinder das Studium im Zweifel
70 abbrechen müssen, weil ihr Einkommen zum Leben nicht reicht. Das
71 verfassungsmäßig garantierte Existenzminimum muss daher auch für Studierende
72 gelten.

73 Die im Koalitionsvertrag versprochene Bindung des Bafög-Satzes an das
74 Grundsicherungsniveau darf nur ein erster Schritt in eine tatsächlich
75 armutsfeste garantierte Ausbildungsförderung sein. Merz' Parole, wonach "Bafög
76 statt Bürgergeld" erhöht werden solle, verheißt nichts Gutes. Studierende müssen
77 sich daher mit Erwerbslosen solidarisieren und gemeinsam für die Verbesserung
78 der
79 Lebensverhältnisse kämpfen.

80 Ein Studienabschluss muss für alle Menschen jeglicher sozialen Herkunft offen
81 sein und darf nicht das Privileg der reichen Oberschicht sein.

82 Wir betonen die Notwendigkeit einer **strukturell und dauerhaft finanzierten**
83 psychologischen Beratungsstelle an Hochschulen inklusive des Ausbaus von
84 Präventionsprogrammen und niedrighschwelligen Angeboten. Diese Investitionen
85 dürfen aber nicht zulasten der Studierenden in Form einer Erhöhung der
86 Semesterbeiträge führen - vielmehr sind hier Bund und Länder in der Pflicht,
87 entsprechende Vorhaben über besser ausgestattete Studierendenwerke zu fördern.
88 Gleichzeitig halten wir eine **Entzerrung des Studienalltags** durch bessere
89 Studienbedingungen beispielsweise durch mehr Flexibilität, weniger
90 Leistungsdruck, eine Entbürokratisierung des Prüfungswesens sowie unbegrenzte
91 Prüfungsversuche für notwendig.

92 **Klimapolitischer Rückschritt**

93 **Minimalismus ist ein aufstrebender Trend - und wird im Koalitionsvertrag von**
94 **CDU/CSU und SPD beim Klimaschutz vollumfänglich gelebt.**

95 Hochschulen tragen als Orte der Bildung, Forschung und Innovation eine besondere
96 Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise. Sie sind neben Wissensträgern und
97 Ausbildungsorten auch gesellschaftliche Vorbilder. Wenn sie die Klimaneutralität
98 anstreben, senden sie ein starkes gesellschaftliches Signal und fördern
99 nachhaltiges Denken bei allen Studierenden. Durch eigene Klimaschutzmaßnahmen
100 werden Hochschulen zu Reallaboren für praxisnahe Forschung und interdisziplinäre
101 Lösungsansätze – ein zentraler Beitrag zur technologischen und sozialen
102 Transformation. Die Transformationsprozesse auch an den Hochschulen erfordern
103 eine finanzielle Unterstützung, die weder in den Landeshaushalten noch den
104 Bundshaushalten ausreichend abgebildet ist.

105 Auch in Koalitionen mit bündnisgrüner Beteiligung hat die Transformation der
106 Hochschulen hin zur Klimaneutralität nicht in genügendem Maße stattgefunden.
107 Deshalb braucht es neben dem Einsatz für eine breite gesellschaftliche Mehrheit
108 zu diesem Thema auch ausreichend Druck auf politische
109 Verantwortungsträger*innen.

110 Campusgrün fordert die Einführung eines bundesweiten Klimafonds für Hochschulen,
111 mit dem gezielt Investitionen in Energieeffizienz, Gebäudesanierung, nachhaltige
112 Mobilität und erneuerbare Energien gefördert werden. Die Mittel aus dem
113 Sondervermögen „Klima und Transformation“ müssen auch für Bildungsinstitutionen
114 geöffnet und langfristig abgesichert werden.

115 Campusgrün ruft die Hochschulleitungen auf, ihre **Selbstverwaltungshoheit**
116 **strategisch für Klimaneutralität zu nutzen**: durch eigene
117 Nachhaltigkeitsstrategien, Klimabeauftragte, CO₂-Bilanzen, transparente
118 Zielvorgaben sowie konkrete Maßnahmen auf dem Weg zu Netto-Null-Emissionen. Wir
119 werden dabei weiter Druck machen – in Senaten, Räten und Parlamenten, ASten und
120 weiteren Gremien.

121 Um Studierende sowohl im Hörsaal als auch am Campus für Klimaschutz zu
122 sensibilisieren, solidarisiert sich Campusgrün mit Students for Future und der
123 Public Climate School. Wir werden durch die Mitgliedsgruppen vor Ort dafür
124 kämpfen, dass unsere Hochschulen Vorreiter beim Klimaschutz werden.

125 **Den Osten fest im Blick behalten**

126 Ein besonderer Blick gilt Ostdeutschland. In keinem Teil des Landes sind die
127 Auswirkungen von sozialer Schieflage und politischem Vertrauensverlust so
128 spürbar wie hier. Jahre der ungleichen Ressourcenverteilung haben dazu geführt,
129 dass viele ostdeutsche Regionen strukturell benachteiligt sind – geringere
130 Löhne, weniger Studienplätze und Forschungsinstitute, Abwanderung junger Talente

131 und eine besorgniserregende Perspektivlosigkeit. Diese Probleme erfordern eine
132 Regierung, die entschlossen für **gleichwertige Lebensverhältnisse** eintritt - auf
133 Bundes- und Landesebene.

134 In Ostdeutschland wächst der Unmut. Die letzten Bundestagswahlen haben gezeigt,
135 dass der rechtsextreme politische Rand Zulauf bekommt. In der Altersgruppe der
136 Erstwähler:innen und Studierenden ist dieser Trend besonders deutlich: 18- bis
137 24-Jährige haben bei der Bundestagswahl 2025 verstärkt im Osten die AfD gewählt
138 – ein erschreckendes Zeichen dafür, dass die demokratischen Parteien das
139 Vertrauen der Jugend verspielen. Der sich langsam **auch an Universitäten**
140 **etablierende Rechtsruck** bereitet uns große Sorgen.. Neben Burschenschaften
141 gründen sich erste rechte Hochschulgruppen und versuchen, ihre Themen an der
142 Universität zu bespielen.

143 Campusgrün fordert endlich einen klaren politischen Fokus auf Ostdeutschland und
144 nicht zuletzt gute Bildung vor Ort. Dafür braucht es gezielte Bundesmittel für
145 den Hochschulbau und die Sanierung ostdeutscher Standorte, für
146 Forschungseinrichtungen in der Fläche sowie für Förderprogramme, die ostdeutsche
147 Perspektiven in Wissenschaft, Verwaltung und Politik sichtbar machen.
148 Ostdeutsche müssen in Ministerien, Bundesbehörden, Hochschulleitungen und auf
149 Professuren angemessen vertreten sein. Und wir fordern: eine
150 unmissverständliche, gemeinsame Haltung aller demokratischen Parteien, aller
151 Hochschulgremien und aller Institutionen der Hochschule gegen jede Form von
152 Rechtsradikalismus und Menschenfeindlichkeit. Kein Hochschulstandort darf **Opfer**
153 **von Sparmaßnahmen** werden, besonders im Osten. Bibliotheken, Mensen und Institute
154 müssen erhalten und ausgebaut werden. **Bildungseinrichtungen in Ostdeutschland**
155 **brauchen gezielte Förderung statt weiterer Kürzungen**, um Abwanderung und
156 Perspektivlosigkeit zu stoppen.

157 Campusgrün solidarisiert sich ausdrücklich mit den Studierenden und jungen
158 Menschen in Ostdeutschland, die oft doppelt kämpfen müssen – gegen materielle
159 Benachteiligung und gegen rechte Stimmungsmache. An den Universitäten dürfen wir
160 kein Klima dulden, in dem rechtes Gedankengut salonfähig wird. Campusgrün wird
161 verstärkt Projekte politischer Bildung und Antidiskriminierung in Ostdeutschland
162 unterstützen, Bündnisse mit progressiven Initiativen vor Ort eingehen und
163 sicherstellen, dass **der Kampf gegen Rechts im Osten sichtbar und hörbar** bleibt

164 und die Interessen von marginalisierten Menschen tatsächlich repräsentiert
165 werden. Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll hinter
166 den ostdeutschen Hochschulgruppen. Wir unterstützen sie als Bundesverband
167 finanziell, solidarisieren uns inhaltlich mit den ostdeutschen Mitgliedsgruppen
168 und führen gemeinsame politische Kampagnen durch, um die ökonomischen und
169 gesellschaftlichen Herausforderungen vor Ort zu bekämpfen und demokratische

170 Werte zu stärken.

171 **Campusgrün als progressive Kraft in der Zukunft**

172 In dieser schwierigen Lage kommt Campusgrün eine entscheidende Rolle zu. Wir
173 verstehen uns als **progressive Stimme im Hochschulbereich** – und diese Stimme
174 werden wir weiterhin in Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppen laut erheben.
175 Während die Bündnisgrünen auf Bundesebene in der parlamentarischen Opposition
176 sind, sind wir vor Ort oft die stärkste Kraft in den Studierendenparlamenten und
177 stellen die ASten, Senator:innen und viele weitere Positionen. Campusgrün wird
178 die Hochschulen im ganzen Land mobilisieren: Wir werden Protestaktionen gegen
179 Bildungs- und Sozialkürzungen anstoßen, studentische Vollversammlungen und
180 Bündnisse organisieren und Druck auf Hochschulleitungen ausüben, sich klar gegen
181 den Sparkurs aus Berlin zu positionieren. Wenn Bibliotheksetats gekürzt oder
182 Mensapreise erhöht werden, werden wir das nicht still hinnehmen, sondern
183 öffentlich politisieren.

184 Campusgrün ist die Stimme grün-alternativer Hochschulgruppen auf **Bundesebene** und
185 wird innerhalb der grünen Familie konsequent soziale Gerechtigkeit und
186 Solidarität einfordern – im engen Austausch mit Grüner Jugend, Bündnis 90/Die
187 Grünen, dem freien Zusammenschluss von Student*innenschaften und
188 zivilgesellschaftlichen Akteur:innen. Als **progressiver Impulsgeber gegenüber der**
189 **Grünen Partei** werden wir klare Forderungen stellen: Die grüne Opposition muss
190 die Anliegen der Studierenden aufgreifen – von der BAföG-Reform über bezahlbares
191 Wohnen bis zur psychischen Gesundheit. Campusgrün wird entsprechende Anträge und
192 Initiativen einbringen, sei es auf Parteitage oder in Gesprächen mit Grünen-
193 Abgeordneten. Unsere Botschaft: Die Bündnisgrüne Partei darf die junge
194 Generation nicht enttäuschen, sie muss uns aktiv vertreten!

195 Campusgrün fordert von Bündnis 90/Die Grünen eine starke, progressive
196 Oppositionsarbeit im Bundestag mit anderen linken Kräften – mit klarer Haltung
197 für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Bildung. Gerade aus
198 Hochschulperspektive ist entscheidend, dass Kürzungen im Bildungsbereich
199 konsequent kritisiert und mutige Alternativen wie eine echte BAföG-Reform
200 eingebracht werden. Wir erwarten, dass sich die Bündnisgrünen sichtbar an
201 Protesten beteiligen und eindeutig Stellung beziehen – für Studierende, für den
202 Osten, für eine lebenswerte Zukunft. Als Campusgrün begleiten wir diesen Kurs
203 konstruktiv-kritisch, unterstützend, wo er überzeugt – und deutlich, wo er zu
204 zaghaft bleibt.

Begründung

erfolgt mündlich